

newsletter

economiesuisse 09/10



economiesuisse

Freiwillige Vereinbarungen sind besser als Vorschriften

Die Verschärfung des Energierechts führt zur Abschaffung des bewährten Instruments der freiwilligen Vereinbarung zwischen Staat und Wirtschaft. Mehr Vorschriften und Bürokratie garantieren jedoch keine besseren Lösungen. Es drohen Alleingänge und eine Schwächung des Cassis-de-Dijon-Prinzips. [mehr »](#)

Bundesfinanzen 2011: Erstes Defizit seit sechs Jahren

Das Budget des Bundes sieht im kommenden Jahr einen Fehlbetrag von 0,6 Milliarden Franken vor. Damit rutscht der Bundeshaushalt erstmals seit 2005 wieder in die roten Zahlen. Mit einem entschlosseneren Vorgehen wäre ein besseres Ergebnis durchaus möglich. [mehr »](#)

Grafik des Monats: SP-Steuerinitiative erhöht Steuern für den Mittelstand

Die Steuerinitiative ziehe „Steuererhöhungen Richtung mittlere Einkommen“ nach sich, sagen die Sozialdemokraten. In 16 Kantonen müssten die Steuern zwingend und unnötig erhöht werden. Das gilt es mit einem Nein zu verhindern. [mehr »](#)

Weiterbildungsgesetz: Hehre Ziele, viele Gefahren

Mit dem neuen Bildungsartikel hat der Bund den Auftrag erhalten, Grundsätze der Weiterbildung festzulegen. Zusätzlich erhielt er die Kompetenz, die Weiterbildung zu fördern und entsprechende Kriterien festzulegen. Im Frühjahr 2010 hat das EVD eine Expertenkommission eingesetzt, die bis 2011 einen Vernehmlassungsentwurf ausarbeiten soll. [mehr »](#)



Pascal Genitetta, Direktor economiesuisse
SP-Steuerinitiative zerstört Arbeitsplätze!

Die SP-Steuerinitiative greift unseren Wirtschaftsstandort Schweiz frontal an und setzt Arbeitsplätze aufs Spiel. Viele internationale Firmen, die sich in den letzten Jahren in der Schweiz niedergelassen haben, werden sich überlegen, ob sie am Standort Schweiz bleiben wollen. „Dieser sehr bedeutende Wirtschaftszweig mit 120'000 Jobs ist bei einer Annahme der Initiative gefährdet“, sagte Martin Naville von der Swiss-American Chamber of Commerce kürzlich in der SonntagsZeitung. Der Grund: Die Initiative zwingt 16 Kantone zu Steuererhöhungen. Die Kantone werden in ihrer Handlungsfreiheit bei der Gestaltung von Steuermodellen eingeschränkt.

Es ist erwiesen, dass Firmen bei der Suche nach einem geeigneten Standort auch auf die Höhe der Einkommenssteuern ihrer Mitarbeitenden achten. Verschlechtert sich die Situation in der Schweiz, droht der Wegzug von Firmen und damit auch von Steuersubstrat und Arbeitsplätzen. Darunter leiden besonders auch das Gewerbe und die Zulieferer. Es ist klar: Die SP-Initiative zerstört mutwillig Arbeitsplätze und Wohlstand. Dagegen wehrt sich die Wirtschaft entschieden.

Entwurf zur Totalrevision des Alkoholgesetzes unbefriedigend

Das Finanzdepartement hat mit seinem Entwurf zur Totalrevision des Alkoholgesetzes weit übers Ziel hinausgeschossen. So werden zahlreiche unnötige und zum Teil schädliche Bestimmungen vorgeschlagen – beispielsweise die Einführung kostendeckender Preise. Auch die Verfassungsgrundlage erweist sich durch die Ausweitung auf Bier und Wein als ungenügend. economiesuisse fordert eine grundlegende Überarbeitung des Entwurfs. [mehr »](#)

Kolumne aus Brüssel: Europäische Industriepolitik – die Katze ist noch immer im Sack

Kommissar Antonio Tajani kam höchstpersönlich zur Vorstandssitzung von BUSINESSEUROPE, um die Grundzüge seiner angekündigten Kommunikation für eine integrierte Industriepolitik der EU vorzustellen. Sie soll das Herzstück der EU-2020-Strategie zur Verbesserung der globalen Wettbewerbsfähigkeit der EU sein. [mehr »](#)

EU will Zahlungsmoral mittels strengerer Regeln verbessern

In Strassburg wurde am 20. Oktober der vom Europäischen Rat und Parlament ausgehandelte Kompromiss für die Neufassung der Zahlungsverzugsrichtlinie für den kommerziellen Handel angenommen. [mehr »](#)

Geldwäschereibekämpfung verkommt zum Vorwand für allerlei

economiesuisse setzt sich gegen überschüssige Regulierungen bei der Bekämpfung der Geldwäscherei ein. Nur indem Steuerdelikte als Vortaten zur Geldwäscherei erhoben werden, wird das organisierte Verbrechen nicht bekämpft. Bei der Umsetzung der neuesten FATF-Empfehlungen ist deshalb Umsicht geboten. [mehr »](#)

Schweizer Wirtschaft trifft hochrangige Vertreter der EU

Eine Delegation von Mitgliedern der Arbeitsgruppe „Beziehungen Schweiz – EU“ sowie der Kommission Aussenwirtschaftspolitik von economiesuisse hat sich Mitte Oktober mit hochrangigen Vertretern der EU-Kommission und des EU-Parlaments in Brüssel getroffen. Im Zentrum der Gespräche stand die künftige Ausgestaltung der bilateralen Beziehungen. [mehr »](#)

economiesuisse setzt sich deshalb mit vollem Engagement für ein Nein am 28. November ein.

KMU-Portrait: Der erste private Pöstler heisst „Quickmail“

Der Grossteil des Schweizerischen Postmarkts ist noch nicht liberalisiert. Auf dem grössten Segment, den Sendungen bis 50 Gramm, hält die Schweizer Post noch immer das Monopol. Wo aber Wettbewerb möglich ist, haben sich Anbieter mit neuen Ideen etabliert. Ein Beispiel dafür ist die Firma Quickmail AG mit Sitz in St. Gallen. [mehr »](#)

Kriterien zur Auswahl von Verkehrsprojekten

Finanzielle Mittel sind auch im Bereich der nationalen Verkehrspolitik knapp. Für Nationalstrassen werden zurzeit 15 Milliarden Franken benötigt, lediglich 5,5 Milliarden stehen zur Verfügung. Im Rahmen von Bahn 2030 werden Bauten von 12 und 21 Milliarden Franken diskutiert. Deren Finanzierung ist jedoch längst nicht gesichert. Objektive Kriterien zur Priorisierung sind deshalb zentral. [mehr »](#)

ICC: Revision der Einheitlichen Richtlinien für auf Anforderung zahlbare Garantien

Die Internationale Handelskammer bietet mit den Einheitlichen Richtlinien für auf Anforderung zahlbare Garantien (ERG) ein Regelwerk an, das den internationalen Handel für die beteiligten Parteien sicherer macht. Die Revision des Regelwerks per 1. Juli 2010 ist eine Chance für die internationale Entwicklung der Unternehmen [mehr »](#)

[Newsletter drucken](#) | [zur Agenda](#) | [zu den Publikationen](#)

Den Newsletter von economiesuisse können Sie [hier](#) jederzeit abbestellen.